

# Gerechte Weltwirtschaft

## Wege aus der Freihandelsfalle



# Inhaltsverzeichnis

## Kleingedrucktes

Einstiege 12

## Verhandlungspositionen

**Quo vadis Welthandel?** 20

Globalisierte Wirtschaftspolitik  
*Von Ernst Christoph Stolper*

**Problematisch für die Demokratie** 27

Handelsabkommen und Rechtsstaatlichkeit  
*Von Roman Huber und Nicola Quarz*

**Ein ambivalentes Verhältnis** 33

Internationale Handelspolitik und nachhaltige Entwicklungsziele  
*Von Jürgen Maier und Marie-Luise Abshagen*

**Neue Kürzel für alte Inhalte** 39

Konzernklagerechte in Handelsabkommen  
*Von Peter Fuchs*

## Strafzölle

**Streit? Volle Energie voraus!** 46

Freihandel und Klimaschutz  
*Von Jürgen Knirsch*

**Mehr Klasse statt Masse** 53

Landwirtschaft und Freihandelsabkommen  
*Von Berit Thomsen*

**Gefahr erkannt, vom Handel nicht gebannt** 59

Das europäische Chemikalienrecht und der Freihandel  
*Von Manuel Fernández*

- 66 Freie Fahrt für Amazon und Co.?**  
E-Commerce und Datenschutz  
*Von Sven Hilbig*
- 73 Vielfalt in Gefahr**  
Kultur- und Kreativwirtschaft in Freihandelsabkommen  
*Von Olaf Zimmermann*
- 79 Vertane Chancen**  
Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Afrika  
*Von Klaus Schilder*

### **Faire Partnerschaft**

- 86 Theoretisch gut, praktisch noch schwach**  
Ökologische und soziale Standards in Handelsverträgen  
*Von Alexander Geiger und Jochen Steinhilber*
- 92 Unverbindliche Nebelkerze**  
Nachhaltigkeitskapitel in EU-Handelsverträgen  
*Von Roland Süß*
- 95 Wie geht das zusammen?**  
Freier Handel und Verbraucherschutz  
*Von Klaus Müller und Linn Selle*
- 102 Schlüssel zu dauerhaft fairem Handel**  
Erhalt und Ausbau der Daseinsvorsorge  
*Von Wolfgang Deinlein*
- 108 Leitprinzipien für die Menschlichkeit**  
Der UN-Treaty-Prozess  
*Von Karolin Seitz*
- 113 Bausteine für den Neuanfang**  
Agenda für eine alternative Handelspolitik  
*Von Fabian Flues*

**Impulse**

Projekte und Konzepte 119

Medien 125

**Spektrum Nachhaltigkeit**

**Wider ein stilles Dahinsiechen** 130

Plädoyer für ein starkes Vorsorgeprinzip  
*Von Günther Bachmann*

**Wann ist der Zustand endlich gut?** 135

Die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie  
*Von Sebastian Schönauer*

**Ein Leben für das ethisch-ökologische Kapital** 140

Nachruf auf den Volkswirt Gerhard Scherhorn  
*Von Johannes Hoffmann und Gerhard Hofmann*

**Politische Ökologie kritisch denken** 142

Nachruf auf den öko-marxistischen Intellektuellen Elmar Altvater  
*Von Ulrich Brand*

**Rubriken**

Editorial 7

Inhalt 9

Impressum 144

Vorschau 145

---

Für die gedeihliche Zusammenarbeit und die finanzielle Unterstützung danken wir dem Wissenschaftlichen Beirat des BUND.



Internationale Handelspolitik und nachhaltige Entwicklungsziele

## Ein ambivalentes Verhältnis

*Von Jürgen Maier und Marie-Luise Abshagen*

**Einerseits gilt bislang: Wenn Nachhaltigkeitspolitik ein Handelshemmnis sein könnte, wird sie verboten. Andererseits hat sich die Welt 2015 nachhaltige Entwicklungsziele auferlegt. Deren Umsetzung gestaltet sich auch deshalb als herausfordernd, weil sie sich relativ unkritisch zu Wirtschaftswachstum und freiem Welthandel bekennen.**

— 2015 verabschiedeten die Vereinten Nationen die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). (1) Diese sollen helfen, bis 2030 weltweit Hunger und Armut zu bekämpfen, Umweltschutz sicherzustellen und den Aufbau nachhaltiger und friedlicher Gesellschaften zu fördern. Anders als die vorangegangenen Millenniumsentwicklungsziele, die sich nur an die Industriestaaten gerichtet hatten, gelten die SDGs für alle Staaten gleichermaßen.

In den SDGs findet sich ein klares Bekenntnis zu multilateralem Handel. In SDG 17 etwa geht es darum, Finanzmittel, Technologietransfer und die Förderung von Handlungskompetenzen und Wissen zu stärken und eine globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederzubeleben. Darin wird als Ziel genannt, ein universelles, regelbasiertes, nicht diskriminierendes und gerechtes multilaterales Handelssystem unter der Welthandelsorganisation (WTO) voranzubringen, das besonderes Augenmerk auf die Förderung von Entwicklungsländern richtet. Genau

das wird im Rahmen der WTO seit der Ausrufung der Doha-Entwicklungsrunde 2001 erfolglos versucht. Es mangelt nicht an Empfehlungen multilateraler Organisationen, wie die SDGs zum weltweiten Handel beitragen können. Für die WTO ist die Integration von Entwicklungsländern in regionale und globale Märkte ein zentrales Thema der SDGs. Um dies zu erreichen, sollen die SDGs sicherstellen, dass Handel beim Ankurbeln von Wachstum, bei der Armutsbekämpfung und der Förderung von nachhaltiger Entwicklung eine Rolle spielt. Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) weist drauf hin, dass die Agenda 2030 internationalen Handel als Antrieb für inklusives Wirtschaftswachstum und Armutsreduktion ansieht und als wichtiges Mittel einschätzt, um die SDG zu verwirklichen. Die Asiatische Entwicklungsbank spricht von einem Win-win-Szenario zwischen internationalem Handel und dem Erreichen der SDGs.

### **Die Verfassung der Weltwirtschaft**

Es stellt sich allerdings die Frage, ob unser derzeitiges Handelssystem wirklich die Umsetzung der SDGs fördert. Und ob die SDGs dazu beitragen können, das internationale Handelssystem nachhaltiger zu machen.

In Zeiten der Globalisierung lässt sich Handelspolitik – also Außenwirtschaftspolitik – nicht getrennt von der Wirtschaftspolitik im Inland betrachten. In ihrer Gesamtheit haben die Handelsverträge der vergangenen 25 Jahre, spätestens seit Gründung der WTO im Jahr 1994, eine neoliberale Ausrichtung der Wirtschaftspolitik so gut wie aller Staaten völkerrechtlich kodifiziert. Das gilt bereits für die WTO-Verträge selbst und erst recht für die später abgeschlossenen regionalen und bilateralen Freihandelsabkommen einschließlich des Lissaboner EU-Vertrags.

Wer die Wirtschaft nachhaltiger machen will, muss regulieren. Regulierungen geraten jedoch sehr schnell in Konflikt mit Handelsverträgen, da sie oft als nicht tarifäre Handelshemmnisse eingestuft werden, die nicht erlaubt sind. In den heutigen Handelsverträgen ist es beispielsweise verboten, Produkte – ob durch Zölle oder Regularien – unterschiedlich zu behandeln, wenn sie in verschiedener Weise hergestellt wurden. Eine Banane ist eine Banane, egal ob kleinbäuerliche Öko-Banane oder eine Monokultur-Banane aus Konzern-Plantagen. Ein T-Shirt ist ein T-Shirt, egal, ob die Arbeiterinnen anständig bezahlt oder ausgebeutet wurden.

Mit der regulatorischen Kooperation versucht die EU in ihren neueren Handelsverträgen auch die innerstaatliche Regulierung den Zwängen der Handelspolitik zu unterwerfen. Wenn man neue Regulierungen nur noch gemeinsam mit seinen Handelsvertragspartnern vornehmen kann, ist der Stillstand vorprogrammiert – und genau das ist beabsichtigt: Regulierung soll möglichst erschwert werden. Die Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistungen, etwa der Wasserversorgung oder des öffentlichen Verkehrs, gehört ebenfalls zum Standardrepertoire moderner Handelsabkommen und auch der EU-Verträge (vgl. S. 102 ff.). Das geplante TISA-Abkommen schreibt öffentlichen Unternehmen explizit eine Gewinnerorientierung vor. Falls alle diese Klauseln immer noch nicht greifen, können Konzerne mithilfe der Investitions-Schiedsgerichte auf indirekte Enteignung und entgangene Gewinne klagen. Gerade die Umweltpolitik ist davon massiv betroffen – so wird ja auch Deutschland vom schwedischen Staatskonzern Vattenfall wegen des Atomausstiegs auf mehrere Milliarden Euro Schadenersatz verklagt.

**„ Die neoliberale Orientierung der Wirtschafts- und Handelspolitik hat schon lange keine gesellschaftlichen Mehrheiten mehr, wird aber allen Widerständen zum Trotz beibehalten. “**

Die Handelsverträge, die die Regierungen in den vergangenen 25 Jahren geschlossen haben, sind gleichsam die Verfassung der Weltwirtschaft. Egal ob multilateral, regional oder bilateral – sie sind ein Regulierungshindernis für eine Politik der Nachhaltigkeit: Wenn Nachhaltigkeitspolitik ein Handelshemmnis ist oder auch nur sein könnte, ist sie verboten – eine völlig falsche Prioritätensetzung. Es muss andersherum sein: Wenn Handelsabkommen ein Nachhaltigkeitshemmnis sind, gehören sie grundlegend geändert. Fortschritte bei der Nachhaltigkeit sind wichtiger als Fortschritte bei der Globalisierung durch den Abbau immer weiterer sogenannter

Handelshemmnisse. Genau das ist der Kern der Proteste gegen Freihandelsabkommen wie TTIP, TPP, CETA und andere in vielen Ländern – die neoliberale Orientierung der Wirtschafts- und Handelspolitik hat schon lange keine gesellschaftlichen Mehrheiten mehr, wird aber allen Widerständen zum Trotz beibehalten.

### **Nur eine kleine globale Elite profitiert**

Andererseits wäre es auch verfehlt, aus den SDGs ein Manifest gegen neoliberale Deregulierung abzuleiten. Die SDGs enthalten ein relativ unkritisches Bekenntnis zum Wirtschaftswachstum als Mittel zur Armutsbekämpfung, und dazu gehört in dieser Lesart eben auch der sogenannte freie Welthandel. Dieser verspricht angeblich wirtschaftliche Prosperität. Noch weitgehend geschlossene Volkswirtschaften Mitte des vergangenen Jahrhunderts für mehr internationalen Handel zu öffnen, hat den Wohlstand zweifellos gesteigert. Aber in der bereits weitgehend globalisierten Welt von heute stellen sich ganz andere Fragen, etwa: Führt noch mehr globaler Konkurrenzkampf aller gegen alle vielleicht sogar zu weniger Wohlstand? Die unaufhörlich wachsende Ungleichheit, die immer deutlichere Konzentration von Vermögen in wenigen Händen zeigt überdeutlich: Die heutige Form von Globalisierung trägt nicht mehr zu mehr Wohlstand bei, inzwischen profitiert nur noch eine kleine Elite wirklich davon.

Nirgendwo sieht man das deutlicher als in den Agrarmärkten (vgl. S. 53 ff.). Die Globalisierung der Agrarmärkte ging und geht einher mit der Industrialisierung der Landwirtschaft: Bäuerliche Landwirtschaft kommt gegenüber weltmarktorientierten Agrarkonzernen immer öfter unter die Räder. Nachhaltige kleinbäuerliche Landwirtschaft schafft mehr Arbeitsplätze, trägt mehr zur ländlichen Entwicklung und zur Erhaltung der biologischen Vielfalt bei – aber sie braucht regionale Märkte und Erzeugerpreise, von denen die Bauern und Bäuerinnen auch leben können.

Ein in der Öffentlichkeit bisher kaum beachteter Aspekt des Handels sind die Schiffe, mit denen Handel erst möglich wird. Rund 90 Prozent des internationalen Güterverkehrs werden über See abgewickelt. Rund 50.000 Handelsschiffe zählen zu diesem weltumspannenden Logistiknetz. Die Arbeit auf Containerschiffen entspricht häufig weder den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation noch den ausgehandelten tariflichen Bedingungen. Zwar hatte die Internatio-



nale Transportarbeiter-Gewerkschaft (ITF) schon 1999 den ersten internationalen Tarifvertrag für Seeleute durchgesetzt, mit einem derzeitigen Mindestlohn von monatlich 1.078 Dollar, was im globalen Rahmen ein durchaus respektablem Lohn ist. Doch stellt die ITF bei Überprüfungen immer wieder Fälle von einbehaltenem Lohn, unbezahlten Überstunden und gestrichenem Urlaub fest. Zudem gilt der Tarif nur für knapp ein Drittel der globalen Handelsflotte. Immerhin trat mit dem ILO-Seearbeitersübereinkommen am 20. August 2013 ein wichtiges Instrument in Kraft, das die Rechte der Seeleute stärkt und ihre Situation verbessert.

Die Art des Transports ist ebenfalls ausschlaggebend für die negativen Auswirkungen des derzeitigen Handelssystems auf Umwelt und Klima. Auch hier sind die Folgen des Schiffsverkehrs für die Umwelt verheerend. Die Schiffe fahren mit einem Treibstoff, der an Land als Sonderabfall behandelt werden muss. Sie haben das Recht, ihre Abfälle und Ölgemische in den Weltmeeren über Bord zu entsorgen, nur für wenige Zonen gibt es Einschränkungen. Laut dem Naturschutzbund darf der Schwefelgehalt im Schiffstreibstoff derzeit maximal 3,5 Prozent betragen und Schweröl beinhalten. Der Schwefelgehalt von Lkw- und Pkw-Diesel von 0,001 Prozent wird damit um das bis zu 3.500-Fache überschritten. Ausgemusterte Schiffe werden in Pakistan, Indien oder Bangladesch abgewrackt. Das geschieht unter oft sklavereiähnlichen Bedingungen, häufig auch durch Kinder und Jugendliche. Nahezu alle Gefahrstoffe des Schiffes gelangen dabei ungehindert in die Umwelt.

### **Das Feigenblattkapitel Nachhaltigkeit**

Schaut man das derzeitige globale Handelssystem an, zeigt sich, dass es im Grunde genommen die versprochene Umsetzung der SDGs gar nicht leisten kann, weil zu viele inhaltliche Aspekte genau das Gegenteil bezwecken. Trotzdem ist es nicht verwunderlich, dass große multilaterale Organisationen, aber auch Staaten Handelspolitik als Faktor zum Erreichen der SDGs ansehen, ohne zu spezifizieren, ob und wie sie das derzeitige Handelssystem reformieren wollen.

Diese Ambivalenz des Zusammenhangs zwischen den SDGs und der internationalen Handelspolitik spiegelt sehr gut eine der größten Schwierigkeiten der SDGs wider: Sie sind extrem vielseitig interpretierbar. So lässt sich das SDG 2 – Keine Hungersnot – beispielsweise als Aufforderungen zur Stärkung der Situation von

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern ebenso wie zum Ausbau der industrialisierten Landwirtschaft interpretieren. Natürlich ist die Ambivalenz bekannt und gewollt, die SDGs sind schließlich im Konsens aller Regierungen beschlossen worden, da bleibt eben vieles widersprüchlich.

Der Versuch, die bilateralen Handelsabkommen durch Nachhaltigkeitskapitel zukunftstauglicher zu gestalten, wie ihn derzeit die Europäische Kommission und die europäischen Staaten vornehmen, reicht da allerdings nicht. Zivilgesellschaftliche Organisationen lehnen diesen Feigenblattversuch weitestgehend ab (vgl. S. 92 ff.). Die Nachhaltigkeitskapitel formulieren keinen Bezug auf die SDGs, sie beinhalten weder eine Erhöhung von Umweltstandards oder eine Ausweitung von Arbeitnehmerrechten noch Sanktionsmechanismen bei Vertragsbruch und bleiben somit ohne weitere Konsequenz. ———

### Anmerkung

(1) Quellenhinweise halten die Autorin und der Autor auf Nachfrage bereit.



### Was hätten Sie sich besser nicht eingehandelt?

- a) Den eingeflogenen Apfel aus Neuseeland, nur weil er bio ist.
- b) Die Abermillionen Tonnen Plastik.

### Zum Autor, zur Autorin

a) Jürgen Maier, geb. 1963, hat Politikwissenschaften studiert. Er ist seit 1996 Geschäfts-

führer des Forums Umwelt und Entwicklung, davor leitete er die Asienstiftung und war Bundesvorstandsmitglied der Grünen.

b) Marie-Luise Abshagen, geb. 1987, hat Ostasien- und Politikwissenschaften studiert. Sie ist seit 2013 Referentin für nachhaltige Entwicklung beim Forum Umwelt und Entwicklung.

### Kontakt

Jürgen Maier, Marie-Luise Abshagen  
Forum Umwelt und Entwicklung  
E-Mail [chef@forumue.de](mailto:chef@forumue.de),  
[abshagen@forumue.de](mailto:abshagen@forumue.de)